

politik. offen NEWSLETTER

Ausgabe: 01/Okt/Nov 2014 • Herausgeberin: Hanka Kliese, MdL; Texte: Sabine Sieble, Florian Reichold, Hanka Kliese • Gestaltung: Lysann Németh

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Wochen und Monate nach der Landtagswahl Ende August waren geprägt von arbeitsintensiven Koalitionsverhandlungen sowie zahlreichen Personalentscheidungen in der SPD und meiner Fraktion. Damit sind die Weichen für die kommenden Jahre gestellt; die Umsetzung der im Koalitionsvertrag beschlossenen Inhalte kann beginnen. Auch ich bin mit neuen Funktionen betraut worden und freue mich auf die vor mir liegenden Aufgaben. Über die vielen guten Wünsche dafür habe ich mich besonders gefreut; mit diesem Rückenwind wird uns vieles gelingen. Eine angenehme Lektüre wünscht

Hanka Kliese



Knastware für den Klassenfeind – Lesung zu Häftlingsarbeit in der DDR

Ein – sich auch im Westen großer Beliebtheit erfreuender – Werkzeugkasten, die Skisprungschanze in Klingenthal, die Landebahn des Flughafens in Berlin-Schönefeld oder die Reinigung der Hotelwäsche in West-Berlin – zahlreiche Güter und Dienstleistungen, aber auch Bauprojekte in Ost und West waren zur Zeit der SED-Diktatur nur unter Zuhilfenahme der Arbeit politischer Gefangener denkbar. Dr. Tobias Wunschik, Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), geht in seinem Buch „Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit (1970-1989)“ unter anderem den Fragen nach, wie groß die Zahl der Betroffenen und der Gewinn der Verantwortlichen war. Am 3. November stellte der Wissenschaftler auf Einladung des Lern- und Gedenkort Kaßberggefängnis e.V. in der Aula des Chemnitzer Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasiums ca. 30 Interessierten seine Forschungsergebnisse vor.

Die Häftlinge mussten unter erbarmungswürdigen Bedingungen und für extrem wenig Lohn ihre harte Arbeit verrichten und waren einem stark erhöhten Unfallrisiko ausgesetzt. Circa 250 DDR-Betriebe – 25 davon im Raum Karl-Marx-Stadt – setzten in der Ära Honecker Häftlinge für die Arbeit ein und erwirtschafteten damit rund 200 Millionen Valutamark Gesamtgewinn pro Jahr. Vor allem im Bereich der Möbelproduktion für Westfirmen wurden die Häftlinge im großen Maßstab eingesetzt. Für Unternehmen wie etwa IKEA war das Geschäft enorm profitabel.

Seien die Vorwürfe und Berichte vormals oft ignoriert worden, habe bei vielen Unternehmen mittlerweile ein Umdenken eingesetzt und die eigene, dunkle Vergangenheit werde vermehrt aufgeklärt. So stellten z.B. mittlerweile viele Firmen selbst Anträge bei der BStU, um ihre Rolle bei der Häftlingsarbeit zu erforschen. Zur Frage nach möglichen Entschädigungszahlungen durch die Firmen äußerte Wunschik sich skeptisch: Zum einen sei es rechtlich eine schwierige Angelegenheit, da die Firmen zum Teil gar nicht mehr in dieser Form existierten. Zum anderen sei politischer Druck nötig, da selbst im Falle der NS-Zwangsarbeiter kein einziger Betroffener einen juristischen Sieg errungen habe. Stattdessen habe es stets Druck auf die Firmen erfordert, „freiwillig“ in einen Entschädigungsfonds einzuzahlen.



Wissenschaftler Dr. Tobias Wunschik stellt seine Forschungsergebnisse vor



Neue Legislatur – neue Köpfe: Personalentscheidungen in der ersten Plenarsitzung

Stanislaw Tillich heißt der alte und neue Ministerpräsident Sachsens. Neu ist die Koalition, welche ihn am 12. November im Sächsischen Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD im Amt bestätigte. Der am folgenden Tag vereidigten neuen Regierung gehören drei sozialdemokratische MinisterInnen an: Martin Dulig als Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Dr. Eva-Maria Stange als Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst sowie Petra Köpping als Staatsministerin für Gleichstellung und Integration. Hanka Kliese sprach in der ersten Aktuellen Debatte der neuen Legislaturperiode zu „25 Jahre Friedliche Revolution“. Sie unterstrich die Wichtigkeit der Anerkennung der Opfer des SED-Regimes und die wichtige Rolle, die dafür auch die Opferrente spielt. Diese sei aber nach wie vor eine Sozialleistung und als solche an die Bedürftigkeit der Betroffenen geknüpft, ein Umstand der dringend einer Korrektur bedürfe. Die bei allen Fraktionen auf Beifall stoßende Rede schlug auch den Bogen zur heutigen Situation, in der es nicht Sachsen sind, die fliehen, sondern Menschen aus vom Bürgerkrieg und Hungersnöten geplagten Ländern in Sachsen Zuflucht suchen. Sie wünsche sich, so Kliese, „dass diejenigen Menschen, die heute hilfeschend als Flüchtlinge nach Sachsen kommen, mit derselben Offenheit, Toleranz und Hilfsbereitschaft empfangen werden, wie es damals unseren Landsleuten in der Prager Botschaft und im Westen zuteilwurde.“



Vereidigung der neuen Ministerinnen und Minister im Sächsischen Landtag am 13. November 2014



SPD-Mitgliedervotum zum Koalitionsvertrag

Sechs Wochen verhandelten SPD und CDU über einen Koalitionsvertrag für Sachsen. Auch Hanka Kliese verhandelte in der Arbeitsgruppe „Frühkindliche Bildung, Schule, Inklusion und Religion“ wichtige Inhalte. Dass das Thema Inklusion erstmals so zentral war, ist auch ein Ergebnis des Drucks, den Vereine und Verbände der Behindertenarbeit sowie Politik in den letzten Jahren aufgebaut haben. CDU und SPD bekennen sich im Koalitionsvertrag klar zu einer inklusiven Gesellschaft; auch wenn sicherlich Wünsche offen bleiben. Ähnlich verhält es sich bei anderen Themenschwerpunkten, etwa dem Betreuungsschlüssel in sächsischen Kindertagesstätten. Auch hier hätten sich viele sicherlich eine spürbarere Verbesserung gewünscht. Dennoch konnte die SPD viele ihrer Wahlkampforderungen in das Vertragswerk einbringen: So sollen z.B. in den kommenden Jahren mehr LehrerInnen und PolizistInnen eingestellt und die Kulturraummittel erhöht werden. Freilich handelt es sich bei vielem um die Zurücknahme von Kürzungen, die die schwarz-gelbe Regierung in der letzten Legislaturperiode durchgesetzt hatte. Und auch wenn sich viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr versprochen hatten, so stimmten im SPD-Mitgliederentscheid 82,2 Prozent für die Annahme des Vertrags. Bei einer Beteiligung von 64,5 Prozent (2806 von insg. 4353 Mitglieder) stimmten lediglich 494 gegen den Vertrag. Gleichwohl sind diese Nein-Stimmen genauso wie die Ja-Stimmen Auftrag für die SPD, in der Großen Koalition in den kommenden Jahren sozialdemokratische Inhalte umzusetzen.



Personalentscheidungen in der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag wählte in den letzten Wochen ihren Fraktionsvorstand neu und bestimmte die Sprecherposten für die einzelnen Abgeordneten. Dirk Panter führt als Vorsitzender die Fraktion in den kommenden Jahren an. Ihm zur Seite stehen als StellvertreterInnen Hanka Kliese, Hennig Homann und Volkmar Winkler. Zur Parlamentarischen Geschäftsführerin wählten die Abgeordneten die Sozialpolitikerin Dagmar Neukirch.

Eine neue Legislaturperiode bringt auch Veränderungen in der Verteilung der Sprecherposten mit sich. Hanka Kliese wird weiterhin als Sprecherin für Inklusion für die Belange von Menschen mit Behinderung zuständig sein. Neu übernommen hat sie den Sprecherposten für Kultur, inkl. Erinnerungskultur. Auch auf dieses Themenfeld freut sich Hanka Kliese als langjähriges Mitglied des Kulturforums der Sozialdemokratie und Mitbegründerin des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. sehr.



Die neue SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag



Rassismus kann töten – Bündnis Bunter Brühl gedenkt der NSU-Opfer

Am 4. November 2011 fanden Polizeibeamte in Erfurt in einem Wohnwagen die Leichen zweier junger Männer; wenige Stunden später explodierte in Zwickau ein Wohnhaus. Damit begann die Aufdeckung einer bis dahin in der Bundesrepublik beispiellosen rechtsextrem und fremdenfeindlich motivierten Mordserie. Mutmaßlich hat der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) im Zeitraum von 2000 bis 2007 zehn Menschen umgebracht. Anfang der 1990er Jahre fanden die NSU-Mitglieder Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe in Chemnitz Unterstützung und Unterschlupf. Hier begann ihre Raub- und Einbruchserie in Banken und Supermärkte, um das Leben im Untergrund zu finanzieren. Gerade deshalb bleibt auch in unserer Stadt das Gedenken an die NSU-Opfer so wichtig. Martin Bott, Vorstandsmitglied der Jusos Sachsen, betonte in seiner Rede auf den Tag genau drei Jahre später: „Wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass Rassismus töten kann.“ Auch der Ort des Gedenkens – vor dem Ex-Brevik-Laden am Brühl – war bewusst gewählt. Chemnitz war und ist ein strategischer Ort der Neonazis. Aus diesem Grund können sich hier einschlägige Szeneläden wie das tonsberg halten. Mit dem Gedenken tritt das Bündnis auch solchen Strukturen entschlossen entgegen. Das Bündnis Bunter Brühl ist die einzige Chemnitzer Initiative, die bereits zum dritten Mal der NSU-Opfer gedachte.



Die Namen der NSU-Opfer waren vor dem Ex-Brevik-Laden zu lesen.



Erneut Auszeichnung für das Bündnis Bunter Brühl

Völlig überraschend wurde dem Bündnis Bunter Brühl am Samstag, dem 22. November eine Auszeichnung zuteil. Gemeinsam mit 59 anderen Ehrenamtlichen aus Sachsen wurde Sabine Sieble von der neuen Sozialministerin Barbara Klepsch und dem Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbber für ihr Engagement gegen den bei Rechtsextremen beliebten Szeneladen tonsberg geehrt. Ihr wurden eine Urkunde und eine Blume überreicht. Da aus der Einladung zur Festveranstaltung im Sächsischen Landtag weder hervorging, wofür die Auszeichnung ist, noch wer diesen Vorschlag unterbreitet hat, war die Anerkennung doppelt überraschend. Auch wenn Sabine Sieble die Ehrung entgegennahm, gilt diese Auszeichnung allen Aktiven im Bündnis Bunter Brühl.

Es handelt sich nach dem Sächsischen Demokratiepreis im November 2012, der Anerkennung durch das Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt (bftd) im April 2013 und dem Wilhelm-Dröscher-Preis auf dem SPD-Bundesparteitag im November 2013 bereits um die vierte Auszeichnung für das Bündnis Bunter Brühl.



Ehrung von 60 Ehrenamtlichen im Sächsischen Landtag



25 Jahre SDP/SPD in Chemnitz – Festveranstaltung mit Stephan Hilsberg

1989 fanden sich mutige Frauen und Männer in Chemnitz zusammen, um die örtliche SDP zu begründen. Das 25-jährige Jubiläum dieses historischen Moments beging der SPD-Unterbezirk Chemnitz mit einer gut besuchten Feierstunde im Dietrich-Bonhoeffer-Gemeindezentrum. Stephan Hilsberg, einer der Mitbegründer der SDP und ihr erster Sprecher, hielt die Festrede. Mit zahlreichen amüsanten Anekdoten gespickt, veranschaulichten seine Darstellungen die damalige Situation und den Antrieb, eine sozialdemokratische Partei im SED-Staat aus der Taufe zu heben.

Anschließend berichteten der Mitbegründer der SDP in Chemnitz, Roland Richter, die ehemaligen langjährigen Stadträte Christoph Gericke und Wolfgang Kraneis sowie der ehemalige Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Richter über ihre Erfahrungen und Erlebnisse aus der damaligen Zeit. Danach fand eine Ehrung der 43 Männer und Frauen statt, die in den ersten sechs Monaten der Partei beitraten und bis heute Mitglieder des Unterbezirks Chemnitz sind.



Ehrung von Genossinnen und Genossen der ersten Stunden der Chemnitzer SDP/SPD



Landesparteitag „Unser Sachsen für morgen“

Die Wochen und Monate nach der Landtagswahl standen ganz im Zeichen von SPD-Parteiversammlungen. So kamen Mitte Oktober die Delegierten zum Landesparteitag in Leipzig zusammen, um ihre Führungsspitze zu wählen. Mit 82,7 Prozent wurde Martin Dulig im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt. Ebenso wurden seine Stellvertreterinnen Dr. Eva-Maria Stange (83,3 %) und Petra Köpping (82,6 %) wiedergewählt. Für Dirk Panter als Generalsekretär stimmten 78,2 % der Delegierten. Im Landesvorstand sind darüber hinaus drei Chemnitzer SPD-Mitglieder vertreten. Sven Schulze wurde mit 95,3 Prozent als Landesschatzmeister bestätigt. Sabine Sieble und Tommy Jehmlich sind zwei der 17 BeisitzerInnen. Am Sonntag, dem 9. November gab Martin Dulig im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Landesvorstands das Ergebnis des Mitgliedervotums zum Koalitionsvertrag bekannt. Anfang des Jahres 2015 wird der SPD-Landesvorstand zu einer Klausurtagung zusammenkommen und die Weichen für die nächsten Jahre stellen.



Der Landesvorstand der SPD Sachsen



Mitgliedervollversammlung der SPD Chemnitz

Nur wenige Wochen nach dem Landesparteitag kam Mitte November die SPD Chemnitz zu ihrer Mitgliedervollversammlung zusammen, um den Unterbezirksvorstand zu wählen. Nach Grußworten von Katharina Weyandt, Chemnitzer Vorstandsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen, und Nico Brünler, Stadtverbandsvorsitzender der Linken, blickte Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig in einer Rede auf die vergangenen zwei Jahre zurück. Anschließend fand die Wahl des neuen Unterbezirksvorstands statt. Sven Schulze wurde, nachdem er Rechenschaft über die vergangene Vorstandslegislaturperiode abgelegt hatte, mit 92 Prozent im Amt des Vorsitzenden bestätigt. Ihm zur Seite als Stellvertreter stehen der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Detlef Müller sowie Sabine Sieble. Mit drei aktiven VertreterInnen der Jusos Chemnitz, darunter die Vorsitzende der Jusos Chemnitz, Sandra Göbel, ist der Vorstand der SPD Chemnitz auch jünger geworden. Zudem verfügt der Vorstand mit dem Juristen und Vorstandsvorsitzenden des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V., Jürgen Renz, und dem neuen Landtagsabgeordneten Jörg Vieweg über auch außerhalb der SPD Chemnitz gut vernetzte Beisitzer. Aus allen Vorstellungsrunden der KandidatInnen war herauszuhören, dass nach zwei wahlkampfintensiven Jahren der Fokus nun wieder stärker auf die inhaltliche Arbeit sowie auf die Mitgliedergewinnung gelegt werden soll. Die konstituierende Vorstandssitzung fand am 2. Dezember statt.



Der Vorstand des SPD-Unterbezirks Chemnitz: Sandra Göbel, Detlef Müller, Sven Schulze, Sabine Sieble, Maik Otto, Jürgen Renz (1. Reihe v.l.n.r.) sowie Tim Jungmittag, Robert Bilz, Jörg Vieweg, Stephanie Pietsch (2. Reihe v.l.n.r.)



Nein zu Gewalt an Frauen – SPD Chemnitz setzt sichtbares Zeichen

Die SPD Chemnitz hisste am Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, am 25. November, die Fahne „frei leben – ohne Gewalt“ vor ihrer Regionalgeschäftsstelle auf der Dresdner Straße 38. Mit der Aktion soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass Gewalt an Frauen und Mädchen nicht ausschließlich ein Problem in Entwicklungs- oder Schwellenländern ist. Sie kennt viele Erscheinungsformen und passiert z.B. in Form von häuslicher und sexualisierter Gewalt auch in unserer Gesellschaft. Bereits seit 2011 ruft die Menschenrechtsorganisation für Frauen TERRE DES FEMMES auf, mit der Fahne ein sichtbares Zeichen zu setzen. Der diesjährige Aktionstag lenkte den Fokus insbesondere darauf, Sexismus in der Werbung zu beenden. Denn die darin oftmals vorzufindende Reduzierung von Frauen auf sexuell verfügbare Objekte ist abwertend und kann auch als eine Form von Gewalt empfunden werden – zumal meist kein inhaltlicher Zusammenhang zwischen dem beworbenen Produkt und dem dargestellten Frauenkörper besteht. Darüber hinaus werden auf diese Weise nicht selten stereotype Rollenbilder reproduziert. Die Fahne wird zwei Wochen vor der SPD-Regionalgeschäftsstelle wehen.



Vor der SPD-Regionalgeschäftsstelle weht die Fahne „frei leben – ohne Gewalt“

